

Bertram, Hans

Familisierung oder Bürokratisierung? Plädoyer für einen kritischen Realismus in der Familienpolitik

Zeitschrift für Pädagogik 29 (1983) 3, S. 417-433



Quellenangabe/ Reference:

Bertram, Hans: Familisierung oder Bürokratisierung? Plädoyer für einen kritischen Realismus in der Familienpolitik - In: Zeitschrift für Pädagogik 29 (1983) 3, S. 417-433 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-142631 - DOI: 10.25656/01:14263

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-142631>

<https://doi.org/10.25656/01:14263>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 29 – Heft 3 – Juni 1983

I. Essay

- HORST RUMPF Beherrscht und verwahrlost. Über den Sportkörper, den
Schulkörper und die ästhetische Erziehung 333

II. Thema: Theoriekonjunkturen in der Erziehungswissenschaft

- HEINZ-ELMAR TENORTH Die Krisen der Theoretiker sind nicht die Krisen der
Theorie 347
- JÜRGEN SCHRIEWER Pädagogik – ein deutsches Syndrom? Universitäre Er-
ziehungswissenschaft im deutsch-französischen Ver-
gleich 359

III. Thema: Frühkindliche Erziehung

- RUDOLF PETTINGER/
RITA SÜSSMUTH Programme zur frühkindlichen Förderung in den USA.
Ein Versuch ihrer Evaluation 491
- E. KUNO BELLER/MARITA
STAHNKE/HAJO J. LAEWEN Das Berliner Krippenprojekt: ein empirischer Be-
richt 407
- HANS BERTRAM Familisierung oder Bürokratisierung? Plädoyer für
einen kritischen Realismus in der Familienpolitik 417

IV. Diskussion

- KARLHEINZ FINGERLE/
ADOLF KELL Juristische Urteile über pädagogische Normen und Fak-
ten. Die Reform der gymnasialen Oberstufe aus der
Sicht des Hessischen Staatsgerichtshofes 435

V. Besprechungen

- WOLFGANG SCHEIBE WILHELM FLITNER: Erwachsenenbildung 453
- ROLF HUSCHKE-RHEIN JÜRGEN OELKERS/BIJAN ADL-AMINI (Hrsg.): Pädago-
gik, Bildung und Wissenschaft 456

LUDWIG LIEGLE

MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES
DES LANDES NW (Hrsg.): Bericht der Landesregierung
über die Situation des Kindes in Nordrhein-Westfalen –
Landes-Kinder-Bericht 459

HANS BERTRAM

JACQUES DOMZELOT: Die Ordnung der Familie 461

GABRIELE GLOGER-
TIPPELT/RUDI TIPPELT

WOLFGANG EDELSTEIN/MONIKA KELLER (Hrsg.): Per-
spektivität und Interpretation. Beiträge zur Entwicklung
des sozialen Verstehens 465

SYBILLE REINHARDT

HERBERT GUDJOUS/GERD-BODO REINERT (Hrsg.):
Lehrer ohne Maske? Grundfragen zur Lehrerpersön-
lichkeit 470

VI. Dokumentation

Dissertationen und Habilitationsschriften in Pädagogik 1982 475

Pädagogische Neuerscheinungen 495

Zu den Beiträgen in diesem Heft

HEINZ-ELMAR TENORTH: *Die Krisen der Theoretiker sind nicht die Krisen der Theorie*

Der Beitrag geht von der These aus, daß die immer neuen Krisen der Erziehungswissenschaft ihre theoretische Ursache darin haben, daß die Erziehungswissenschaft (in Deutschland) zwar praxisbezogenes Wissen programmatisch intendiert, daß aber – schon aufgrund der akzeptierten universitär-institutionellen Normen – die strukturellen Beschränkungen und Risiken „praktischer Wissenschaft“ bisher nicht akzeptiert wurden. Möglichkeit und Argumentationstypik praxisbezogener „Reflexion“ werden dann am Beispiel systemtheoretischer Arbeiten (LUHMANN/SCHORR) und in einem Vergleich mit der geisteswissenschaftlichen „Besinnung“ analysiert. Systematische Fragen der Relationierung von Handlungswissen und Forschungswissen, Hinweise auf epistemologische Schwächen der Systemtheorie und auf Desiderata erziehungswissenschaftlicher Theoriebildung stehen am Schluß dieses Beitrages zur Wissenssystematik pädagogischen Denkens.

JÜRGEN SCHRIEWER: *Pädagogik – ein deutsches Syndrom? Universitäre Erziehungswissenschaft im deutsch-französischen Vergleich*

Die Einlagerung erziehungswissenschaftlich-pädagogischen (wie auch soziologischen) Denkens in Nationalkulturen (TENBRUCK) einschließlich ihrer Implikationen für Theoriestruktur, Themenwahl, Institutionalisierung und soziale Funktionen wissenschaftlicher Pädagogik ist eine historische Tatsache, die bislang zwar in unterschiedlichen thematischen Kontexten punktuell notiert, doch weniger im historischen Zusammenhang aufgearbeitet und erst recht nicht systematisch-vergleichend für die Selbstreflexion der Erziehungswissenschaft fruchtbar gemacht worden ist. Vor diesem Hintergrund geht der Beitrag den im deutsch-französischen Vergleich beobachtbaren unterschiedlichen paradigmatischen Ausprägungen universitärer Erziehungswissenschaft nach und sucht in theoriegeleiteten Erklärungsskizzen Bedingungen ihrer Institutionalisierung sowie funktionale Äquivalente ihrer wissenschaftsförmigen Ausgrenzung zur universitären Disziplin herauszuarbeiten. Dabei geht es zugleich darum, diese Befunde an jüngere Ansätze der wissenschaftssoziologischen und -theoretischen Selbstreflexion deutscher Erziehungswissenschaft (LUHMANN/SCHORR, TENORTH) anschließbar zu machen.

RUDOLF PETTINGER/RITA SÜSSMUTH: *Programme zur frühkindlichen Förderung in den USA und ein Versuch ihrer Evaluation*

Entgegen der in der Bundesrepublik weitverbreiteten Auffassung, die amerikanischen kompensatorischen Frühförderungsprogramme (meist unter dem Namen „Head Start“ bekannt) hätten sich als ineffektiv erwiesen und seien gescheitert, werden hier anhand der zumeist langfristigen Evaluationsforschung eindrucksvolle Ergebnisse der Förderung von Kindern aufgezeigt. Der Beitrag stellt zunächst die verschiedenen Programme in ihren Grundstrukturen dar, um dann auf deren Ergebnisse (Intelligenzentwicklung, Schulreife, Sprachförderung, Sozialverhalten, Auswirkungen auf Eltern und Geschwister) einzuge-

hen. Weiterhin werden die Ergebnisse im Hinblick auf einige wichtige Merkmale diskutiert. Abschließend wird erörtert, welche Erfahrungen auf deutsche Verhältnisse anwendbar und übertragbar scheinen.

E. KUNO BELLER/MARITA STAHNKE/HAJO J. LAEWEN: *Das Berliner Krippenprojekt: ein empirischer Bericht*

In Berliner Krippen wurde ein Fortbildungsmodell für Kleinstkindpädagogik durchgeführt und seine Wirkung auf Betreuerverhalten und Entwicklung der Kinder empirisch ausgewertet. Die Verfasser berichten über zentrale Komponenten des Modells und über einzelne Untersuchungsschritte. Die Veränderungen im Erziehverhalten waren allgemein bei den Betreuern der Interventionsgruppe signifikant größer als bei den Betreuern der Kontrollgruppe, aber sie waren in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich groß. Die Wirkung auf die Entwicklung der Kinder war gleichmäßiger: in jedem der sieben Entwicklungsbereiche wiesen die Kinder in der Interventionsgruppe signifikant mehr Fortschritte auf als die der Kontrollgruppe. Diese Wirkung war im zweiten Lebensjahr größer als im ersten.

HANS BERTRAM: *Familisierung oder Bürokratisierung? Plädoyer für einen kritischen Realismus in der Familienpolitik*

Familienpolitische und familienpädagogische Maßnahmen werden in der Regel durch zwei alternative Positionen begründet. Zum einen wird davon ausgegangen, daß Mängel familiärer Sozialisation weitgehend auf die ökonomischen Entwicklungen innerhalb von Gesellschaften zurückzuführen sind und die Erziehungsschwierigkeit der Familie daher am ehesten durch ökonomische Unterstützungen gestärkt werden kann. In der anderen Position werden Erziehungsmängel der Familie weitgehend auf gesellschaftliche Veränderungen und Defizite innerhalb der Familie zurückgeführt. Solche Mängel und Defizite können daher nur durch pädagogische Interventionen innerhalb der Familie behoben werden. Grenzen und Gefahren beider Ansätze werden vor dem Hintergrund historischer und möglicher zukünftiger Entwicklungen in diesen Bereichen diskutiert und es wird der Versuch unternommen, auf der Basis eines kritischen Realismus einige Alternativpositionen zu den beiden vorgenannten Positionen zu entwickeln.

KARLHEINZ FINGERLE/ADOLF KELL: *Juristische Urteile über pädagogische Normen und Fakten. Die Reform der gymnasialen Oberstufe aus der Sicht des Hessischen Staatsgerichtshofes.*

Das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofes über die Nichtigkeit einiger Paragraphen des Hessischen Gesetzes über die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe basiert auf Argumenten und Begründungen, die aus juristischer und pädagogischer Sicht problematisch sind. Um mit Bezug auf wesentliche, im Urteil angesprochene Problembereiche einige Zusammenhänge zwischen juristischen und pädagogischen/bildungspolitischen Sachverhalten klären und Grenzüberschreitungen der Juristen markieren zu können, werden die juristischen Bezüge kurz erläutert und mit einschlägigen Befunden erziehungswissenschaftlicher Untersuchungen und aus der bildungspolitischen Diskussion konfrontiert. Abschließend wird auf bildungspolitische Konsequenzen hingewiesen, die sich aus dem Urteil ergeben bzw. ziehen lassen.

Contents and Abstracts

Essay

HORST RUMPF: Under Control and Ruined by Neglect. On Using the Body in Sport, Controlling it in School, and Aesthetic Education

Topic: Booming Theories in Pedagogics

HEINZ-ELMAR TENORTH: *The Crises of Theoreticians are not Crises of Theory* 347

The article begins with the hypothesis that the constant crises of pedagogics have their theoretical foundation in the fact that, according to its program, pedagogics (in Germany) intends to convey knowledge based on practice while the structural restrictions and risks of practical science have not yet been accepted because of conventional university and institutional norms. The possibility and types of arguments available through reflection based on practical experience are analyzed using investigations on the theory of the system (LUHMANN/SCHORR) as an example and in comparison with hermeneutic/humanistic introspection. Pedagogic/practical thought is not up-to-date. This is worked out, as well as the contexts in which it is open to criticism. Systematic questions about relating knowledge through action and knowledge from research, reference to epistemological weaknesses of the theory of the system and to desiderata in forming pedagogic theory conclude this article on the systematics of knowledge in pedagogic thought.

JÜRGEN SCHRIEWER: *Pedagogics – A German Condition? University Pedagogics as Compared in Germany and France* 359

The embedment of educational/pedagogic as well as sociological thought in national cultures (TENBRUCK), including its implications for the structure of theories, choice of themes, institutionalization, and social functions of academic pedagogics, is a historic fact and characteristic at least in tradition. As yet, it has been mentioned at points in different thematic contexts, but it has been developed much less in historic contexts, and it certainly has not born fruit for consideration in pedagogics itself as the subject of a systematic comparison. On the basis of this state of affairs, the author follows up different paradigmatic characteristics of university pedagogics as compared in Germany and France and tries to work out conditions of its institutionalization as well as functional equivalents of its academic expansion to a university discipline. At the same time, the author tries to connect these findings to recent trends in sociological and theoretical considerations in German pedagogics (LUHMANN/SCHORR/TENORTH).

Topic: Early Childhood Education

RUDOLF PETTINGER/RITA SÜSSMUTH: *Compensative Educational Programs for Disadvantaged Preschool Children in the U.S.A.* 391

Contrary to the widespread opinion in West Germany that these programs have proven ineffective and failed, this article uses the findings of mostly long-term evaluation and research to present the impressive results of American programs that help compensate learning deficiencies in disadvantaged preschool children (usually known as "Head Start"). The article depicts the basic structure of various programs and subsequently goes into the results of these programs (development of intelligence, readiness for school, promotion of linguistic capabilities, social behaviour, effects on parents and brothers and sisters). The results are further discussed regarding a few important characteristics of the programs such as group program vs. home visitation program, open vs. structured program, duration and intensity of the program, age of the children when starting the program, and qualifications of the teaching personnel. In conclusion, the authors examine which aspects of this experience can be transferred and applied to German conditions.

E. KUNO BELLER/MARITA STAHNKE/HAJO J. LAEWEN: *The Berlin Day-Care Project: An Empirical Report* 407

A model for advanced training in infant pedagogics was implemented in Berlin day-care centres, and its effect on the behaviour of the day-care workers and on the development of the children was empirically evaluated. The authors describe central components of the model, and the way they conducted their investigation. The changes in teacher behaviour were in general significantly greater among the day-care workers in the test group than among those in the control group, but they differed considerably in various areas. The effect on the children's development was more regular: the children of the test group showed significantly greater progress in each of the seven areas of development than did those of the control group. The effect was greater among the two-year-olds than among the one-year-olds.

HANS BERTRAM: *Family or Bureaucracy? A Plea for Critical Realism in Family Policies* . . . 417

Political and pedagogic measures for families are usually based on two different suppositions. The Third Report on Families, for example, begins with the assumption that shortcomings in the socialization of families are for the most part due to economic developments within societies and that the difficulty in educating can therefore be soonest eased through economic support of families. The other assumption claims educational shortcomings in families are for the most part due to social changes and deficits within the family. Such shortcomings and deficits can therefore only be remedied by pedagogic intervention within the family. The limits and dangers of both positions are discussed against the background of historical and possible future developments in these areas. An attempt is made to develop alternatives to both positions on the basis of critical realism.

Discussion

KARLHEINZ FINGERLE/ADOLF KELL: *Legal Rulings on Pedagogic Norms and Facts* . 435

The ruling of Hesse state court on the nullity of several paragraphs of Hesse state law pertaining to the reorganization of the upper secondary stage at grammar schools (gymnasiale Oberstufe) is based on reasons and arguments that are problematic from a legal and pedagogic point of view. The legal references are briefly explained and compared with pertinent findings from pedagogic research and the political discussion on education so that several connections between the legal and pedagogic/political state of affairs can be clarified, and so that transgressions on the part of the judges can be pointed out. Lastly, the political consequences to education arising from the ruling are indicated.

Book Reviews 453

Doctoral Dissertations in Education Completed in 1982 at West German, Austrian, and Swiss Universities 475

New Books 495

Vorschau Heft 4/83:

In Heft 4 werden Beiträge zum Verhältnis von Allgemeiner Didaktik und Fachdidaktik erscheinen.

Familisierung oder Bürokratisierung? Plädoyer für einen kritischen Realismus in der Familienpolitik

1. Der liberal-ökonomische und bürokratisch-wissenschaftliche Mythos in der Familienpolitik

Die Tagespflege von Kleinstkindern in Kinderkrippen oder bei Tagesmüttern war für lange Zeit ein Thema wissenschaftlicher und weltanschaulicher Grundsatzdiskussionen. Unter einer familienpolitischen Perspektive lassen sich idealtypisch zwei Positionen herausarbeiten (JORDAN 1976, MORONEY 1976, LANGER-EL SAYED 1978, PROSS 1973). Die liberal ökonomische Position, politisch manchmal auch als konservativ klassifiziert, geht davon aus, daß moderne Kernfamilien die ihr gesellschaftlich zugewiesenen Aufgaben der Sozialisation und Erziehung der Kinder, der Plazierung der Kinder in Schul- und Berufslaufbahn, der privaten Haushaltsführung sowie die regenerative Funktion für die Familienmitglieder durch die Intimität und Offenheit des familiären Binnenraums erfüllt. Darüber hinaus wird argumentiert, daß zumindest in der Frühphase der kindlichen Entwicklung ernsthafte Störungen zu erwarten sind, wenn keine stabile Mutter-Kind-Beziehung besteht. „Ein gesunder Säugling, dem gar nichts fehlt, außer daß er die personale Zuwendung durch eine mütterliche Person mit drei anderen Säuglingen teilen muß, wenn ein Wechsel eintritt, bei dem kommt es zu diesem schweren Rückstand in Sprach- und Sozialentwicklung, der sich in verheerenden Folgen auswirkt.“ (HELLBRÜGGE 1974, S. XII). Schwierigkeiten, die die Familie bei ihrer Funktionserfüllung hat, werden, wie etwa im DRITTEN FAMILIENBERICHT (1979, S. 15) mit der Entwicklung der Industriegesellschaft in Verbindung gebracht.

Es wird angenommen, daß die früher vorherrschende Großfamilie mit ihrer andersartigen Arbeitsteilung und der darin möglichen Betreuung der Kinder durch eine Vielzahl vertrauter erwachsener Personen heute weitgehend der isolierten Kernfamilie gewichen sei. So sind Haushalte mit Kindern heute auch in der Regel materiell benachteiligt, weil nur noch die Eltern für die ökonomische Existenz der Familie sorgen, nicht aber mehr der Familienverbund. Insbesondere wirkt sich diese materielle Benachteiligung aus bei jungen Familien, unvollständigen Familien, Familien ausländischer Arbeitnehmer, großen Familien und Familien unterer sozialer Schichten und führt dazu, daß Kinder dieser Familien hinsichtlich der Wohnverhältnisse, der Freizeitbeschäftigungen und Bildungschancen benachteiligt sind. Die Integration von Arbeit und Erziehung wird zudem immer schwieriger (DRITTER FAMILIENBERICHT 1979, S. 16).

Auch wenn in diesem Ansatz keinesfalls verkannt wird, daß die der Familie zugeschriebenen Aufgaben teilweise in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Institutionen, wie etwa der Schule, oder sogar in Konkurrenz mit diesen Institutionen wahrgenommen werden, liegt das Schwergewicht aller sozialpolitischen Maßnahmen, die zur Überwindung der erkannten Schwierigkeiten gefordert werden, im ökonomischen Bereich. Denn auf der Basis einer liberalen Weltanschauung (eines liberalen Mythos, KENSISTON 1977)

wird davon ausgegangen, daß der Staat durch ökonomische Intervention (KAUFMANN u. a. 1978) die Familien in die Lage versetzen kann, ihre eigenen Probleme und Angelegenheiten selbstverantwortlich und leistungsfähig zu meistern.

Konsequenz dieser Interventionsstrategie ist eine Familisierung des Erziehungsprozesses, und demgemäß werden Maßnahmen außerfamiliärer Tagespflege abgelehnt oder allenfalls als äußerster Notbehelf akzeptiert.

Die bürokratisch-pädagogische Position, politisch manchmal auch als individualistisch oder emanzipatorisch bezeichnet, geht davon aus, daß die industrielle Arbeitsteilung die früher vorherrschenden sozialintegrativen Lebensformen der Großfamilie oder der dörflichen Gemeinschaft zerstört und eine differenzierte und spezialisierte institutionelle Struktur hervorgerufen habe. Doch habe diese Differenzierung zu einer „strukturellen Distanz“ (ZWEITER FAMILIENBERICHT 1975, S. 28) zwischen Familie und anderen gesellschaftlichen Institutionen geführt.

Diese „strukturelle Distanz“, die sich aus der prinzipiell unterschiedlichen Organisation von familiärem und gesellschaftlichem Beziehungsgefüge ergibt, kann selbst dann nicht überwunden werden, wenn die Familie sich in keiner sozialen Isolation befindet, sondern mit Verwandtschaft und Nachbarschaft den Kontakt pflegt.

Dies impliziert die Gefahr, daß selbst die „normale Familie“ die ihr zugewiesenen Sozialisations-, Erziehungs- und Regenerationsfunktionen nicht wahrnehmen kann. Die strukturelle Distanz kann sich für die verschiedenen Familienmitglieder unterschiedlich defizitär auswirken. Am wenigsten wird der berufstätige Vater betroffen. Für bis zu dreijährige Kinder ist diese Distanz sogar von Vorteil, weil so innerhalb der Familie konstante und emotional warmherzige Beziehungen zwischen wenigen Personen entwickelt werden können, wie sie für Kinder in diesem Alter notwendig sind. Ältere Kinder ab drei Jahren (NEIDHARDT 1970) und insbesondere die Mütter sind aber in diesem Kontext benachteiligt. Denn die Mütter sind von der Partizipation an anderen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen, wenn sie sich nur der Kindererziehung widmen, insbesondere bei der Ein-Kind-Familie. Daher besteht die Gefahr eines Kommunikationsdefizits bei der Mutter, das diese möglicherweise durch eine „Überbehütung“ bei dem Kind kompensiert. Paradigmatisch kommt diese Position im ZWEITEN FAMILIENBERICHT zum Ausdruck, in dem ja die These formuliert wird, daß die Gesellschaft den Eltern die Erziehung der Kinder nur übertragen habe.

Auf der Basis der These einer strukturellen Distanz zwischen Familie und anderen gesellschaftlichen Bereichen erscheinen folglich institutionalisierte pädagogische Interventionsprogramme, wie etwa die außerfamiliäre Tagespflege, zwingend erforderlich, um die Gefahren einer defizitären Sozialisation der Kinder und defizitären Integration der Mütter in die Gesellschaft zu kompensieren. Diese Konzeption der notwendigen pädagogischen Intervention basiert auf dem wissenschaftlichen Mythos, daß die Sozialisations- und Integrationsdefizite, die sich aus dieser strukturellen Distanz zwischen Familie und Gesellschaft ergeben, nur durch wissenschaftlich fundierte Kompensationsprogramme unter der Anleitung von Fachleuten (Pädagogen, Soziologen, Psychologen und Medizern) überwunden werden können. Konsequenz einer solchen familienpolitischen Orientierung ist eine zunehmende Verwissenschaftlichung und Bürokratisierung des Erziehungsprozesses, da immer größere Teile der Erziehung von Experten im Rahmen bürokratischer Einrichtungen durchgeführt werden.

Nach dem Scheitern vieler kompensatorischer Programme (BRONFENBRENNER 1981) wird der bürokratisch-pädagogische Interventionismus nicht mehr mit dem gleichen Optimismus wie noch Anfang der 70er Jahre vertreten, sondern jetzt eher im Rahmen eines problemzentrierten Pragmatismus formuliert. „In bezug auf die Tagespflege und vorschulische Erziehung kann man zwei Gruppen von Fragen unterscheiden: die einen betreffen die Auswirkungen auf die Kinder, die anderen beziehen sich auf das politische Problem der Pflichtenverteilung zwischen Individuum und Staat. Die politische Auseinandersetzung ist so alt wie die Geschichte selbst und wird auch hier sicherlich nicht entschieden werden können. Die psychologischen Fragen dagegen sind, so scheint es zumindest, empirisch lösbar.“ (TIZARD 1979, S. 69).

Diese pragmatische, auf konkrete Lösungen einzelner Probleme orientierte Forschung findet sich nicht nur in einer Vielzahl von Modellversuchen zur außerfamiliären Tagespflege (BRIEL 1981), sondern zeigte sich auch in dem von der OECD durchgeführten Projekt „Early Childhood Education“, das auf der Basis einer Reihe von Länderberichten auch eine Bilanz außerfamiliärer Tagespflege versuchte (MANTOVANI 1978, BOTTANI 1979). Der Pragmatismus wird auch von KOSSOLAPOW (1981) für die Vorschulerziehung festgestellt. Er zeigt sich aber auch in der Diskussion um die Konsequenzen der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frau für die Kindesentwicklung sowie bei der Frage, wie die familiäre und außerfamiliäre Betreuung von Kindern im ganzen integriert werden kann (SÜSSMUTH 1981 a, b), und bei der Frage einer Integration verschiedener Betreuungsinstitutionen wie Kinderkrippe, Kindergarten, Kinderhort, Vorschule und Schule in ein sozialpädagogisch überzeugendes institutionelles Beziehungsgefüge (BÖHNISCH/SCHFOLD 1980). Aber auch diese pragmatischen Problemlösungen basieren auf dem bürokratisch-pädagogischen Mythos, weil davon ausgegangen wird, daß die Probleme im Bereich der familiären und außerfamiliären Erziehung auf der Basis empirisch-psychologischer und pädagogischer Forschungen eindeutig und wissenschaftlich abgesichert gelöst werden können. Es wird somit davon ausgegangen, daß sozialpolitische Interventionsmaßnahmen in diesem Bereich quasi wertneutral mit Hilfe eines Zweckmittelhandelns durchgeführt werden können.

Häufig wird das Scheitern der Kompensationsprogramme und die erkennbaren Auswüchse eines bürokratisch-pädagogischen Interventionismus zum Anlaß genommen, wieder für den liberal-ökonomischen Interventionismus zu plädieren. Dies soll hier nicht geschehen, sondern es scheint mir angemessener zu sein, auf der Basis einer kritisch-realistischen Konzeption (ALBERT 1978) einige Perspektiven für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Familienpolitik im Bereich außerfamiliärer Tagespflege zu skizzieren. Diese kritisch realistische Konzeption basiert auf zwei Grundannahmen:

(a) Im Bereich angewandter Sozialforschung muß man davon ausgehen, daß bei der Auswahl von Lösungsstrategien immer Bewertungen eine Rolle spielen. Somit können pädagogische Interventionsmaßnahmen niemals wertneutral auf der Basis eines Zweck-Mittel-Handelns durchgeführt werden. MAX WEBER hat schon 1904 darauf hingewiesen, daß sozialpolitische Probleme – und wer will bestreiten, daß die außerfamiliäre Tagespflege ein sozialpolitisches Problem ist – „nicht auf Grund bloß technischer Erwägungen aus feststehenden Zwecken heraus zu erledigen (sind), sondern daß immer auch um die regulativen Wertmaßstäbe selbst gestritten werden kann und muß ... und zwar nicht nur zwischen Klasseninteressen, sondern auch zwischen Weltanschauungen“ (WEBER 1968, S. 193).

(b) Darüber hinaus geht der kritische Realismus davon aus, daß jede Vernunft, auch die eigene, fehlbar ist. Diese der fallibilistischen Wissenschaftstheorie *sensu* POPPER entlehnte Annahme bedeutet, daß jeder Lösungsvorschlag, jede rationale Konzeption und jedes empirische Ergebnis fehlerhaft sein kann. Daher gibt es auch keine allein richtigen Problemlösungen.

Diese beiden Grundannahmen ermöglichen es, folgendes zu akzeptieren:

(a) Keine Wissenschaft, weder Medizin, Biologie, Psychologie noch Pädagogik oder Soziologie, ist in der Lage, Aussagen über die richtige und den Bedürfnissen der Kinder wahrhaft angemessene institutionelle Organisation des Erziehungsprozesses zu machen. Eine kritisch realistisch orientierte Wissenschaft ist aber in der Lage, durch die Analyse von Fehlentwicklungen nachzuweisen, warum bestimmte Ziele nicht durch bestimmte Mittel erreicht werden konnten.

(b) Ebenso wenig kann eine Wissenschaft richtige und verlässliche Prognosen über die zukünftige Entwicklung im Bereich familiärer und öffentlicher Erziehung machen. Es ist aber möglich, zukünftige Entwicklungen in Form mehrerer Entwicklungspfade (Optionen) darzustellen und das Ausmaß der Wahrscheinlichkeit der einzelnen Pfade aufzuzeigen.

(c) Historische Interpretationen der Entwicklung von familiären Lebensformen können nicht *a priori* als wahr unterstellt werden, sondern müssen ihrerseits auf ihre Gültigkeit überprüft werden, selbst dann, wenn ihnen traditionellerweise eine hohe Wahrscheinlichkeit zugesprochen wird.

Da eine kritisch-realistisch formulierte familienpolitische Konzeption die Fehlbarkeit der Vernunft akzeptiert, muß in einer solchen Konzeption vor allem der Versuch unternommen werden, Fehlentwicklungen im Rahmen von Programmen aufzudecken, für die zukünftigen Entwicklungen realistische Alternativen herauszuarbeiten, historische Interpretationen zu überprüfen und beabsichtigte sowie unbeabsichtigte Konsequenzen einzelner Maßnahmen zu analysieren.

Da man in einer solchen Konzeption zudem akzeptiert, daß bei der Auswahl einzelner Lösungsstrategien auch Weltanschauungen eine Rolle spielen, wird man im Rahmen einer solchen Konzeption – anders als etwa bei TIZARD – auch das Verhältnis: Familie – Staat bzw. das Verhältnis: Individuum – Gesellschaft thematisieren.

Eine kritisch-realistische Überprüfung zentraler bürokratisch-pädagogischer Argumente soll nun zeigen,

- daß die Beschränkung auf empirisch psychologische und pädagogische Problemstellungen dazu geführt hat, daß die tatsächliche Nachfrageentwicklung im Bereich außerfamiliärer Tagespflege nicht hinreichend geprüft worden ist und zu einer antizyklischen Ausbaupolitik verschiedener Kinderbetreuungseinrichtungen geführt hat,
- daß der Verzicht auf die Diskussion um das Verhältnis Familie – Gesellschaft und Familie – Staat dazu geführt hat, daß die These der strukturellen Distanz zwischen Familie und Gesellschaft linear in die Zukunft extrapoliert worden ist, obwohl auch andere Entwicklungspfade denkbar und wahrscheinlich sind,
- daß die fehlende Bereitschaft, auch Werte und Weltanschauungen zu explizieren und zu analysieren, dazu geführt hat, daß der nationalökonomische Irrtum des ADAM SMITH hinsichtlich der Hausarbeit immer noch Basis der Bewertung der gegenwärtigen Mutterrolle ist,

- daß das zentrale Anliegen aller pädagogischen Interventionsprogramme, nämlich die notwendige Integration des Kindes in die Gesellschaft, auf der Basis integrierter pädagogischer Institutionen als unbeabsichtigte Nebenfolge dieser Entwicklung zu einer Ausweitung des Anteils öffentlicher, d.h. bürokratischer Einwirkungen im Erziehungsprozeß führt, der durch die These eines Defizits familialer Sozialisation begründet wird, möglicherweise ohne daß tatsächlich Defizite vorliegen.

2. Der antizyklische Ausbau von Tagespflegeeinrichtungen

Die Literatur vermittelt zunächst den Eindruck, daß das zentrale Problem außerfamiliärer Tagespflege die Betreuung der Kinder im Vorschulalter berufstätiger Mütter sei. „Etwa 550000 berufstätige Mütter suchen für 590000 Kinder unter 3 Jahren eine vertretbare Betreuung“ (SCHULZ/RUELCKER/RHEINLÄNDER 1975, S. 5). „Die Analyse läßt vermuten, daß die wachsende Nachfrage nach diesen Leistungen (Tagespflege der unter Drei- bis Sechsjährigen, Ergänzung des Verfassers) die Regierung verpflichten wird, innerhalb der nächsten Jahre Betreuungseinrichtungen bereitzustellen oder zumindest diesen Sektor in ihre Verantwortlichkeit zu übernehmen“ (TIZARD 1979, S. 83).

Diese wachsende Nachfrage wird auf die zunehmende Berufstätigkeit der Frau zurückgeführt (ENQUETE-KOMMISSION 1979, S. 5). So wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß der Anteil erwerbstätiger, verheirateter Frauen seit 1950 von 34,6 auf 60,9% in 1979 gestiegen ist und daß diese Steigerungsraten auch Mütter mit Kindern betreffen.

Der Verzicht auf eine detaillierte Analyse der Nachfrageentwicklung und des Erwerbsverhaltens von Müttern hat aber dazu geführt, daß der politisch und ideologisch besonders sensible Bereich der Kleinstkinderbetreuung diskutiert wurde, obwohl die Nachfrage nach Betreuungseinrichtungen in diesem Bereich noch nie so gering war wie heute, wohingegen die steigende Nachfrage im Bereich der Betreuung von Schulkindern weitgehend außer acht gelassen wurde.

Die große Bedeutung, die der Betreuung der Kinder im Krippenalter zugemessen wurde, läßt sich an der Expansion der Krippenplätze veranschaulichen. Zwischen 1965 und 1979 stieg die Zahl der Plätze von 6 pro 1000 auf 15 pro 1000 Kinder in diesem Alter an, wohingegen die Zahl der Hortkinderplätze nur von 10 pro 1000 auf 12 pro 1000 zunahm (STATISTISCHES BUNDESAMT 1979). Im Gegensatz zu den Annahmen dieser Ausbaupolitik läßt sich zeigen, daß vor allem verheiratete Frauen mit schulpflichtigen Kindern erwerbstätig waren. Die Erwerbsquote der Mütter mit Kindern unter 6 Jahren stieg von 1970 bis 1978 von 31,6% auf 32,6% und veränderte sich damit kaum. Die Erwerbsquote der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren stieg aber im gleichen Zeitraum um ca. 15 %, von 34,8 % auf 50,5 % (DRITTER FAMILIENBERICHT 1979, STATISTISCHES BUNDESAMT 1979). Noch deutlicher wird die antizyklische Expansion der Betreuungseinrichtungen und die antizyklisch orientierte Diskussion um die frühkindliche außerfamiliäre Betreuung, wenn man die Zahlen der betroffenen Kinder berücksichtigt. 1971 gab es 658000 Kinder unter 3 Jahren mit erwerbstätigen Müttern. 1977 waren es nur noch 510000 Kinder. Bei den unter sechsjährigen Kindern gingen die Zahlen von 1961 mit 1,4 Mio Kindern auf 1,18 Mio Kindern in 1977 zurück. Zum Höhepunkt der Diskussion um die außerfamiliäre Tagespflege von Kleinstkindern zwischen 1972 und 1975 konnte man gleichzeitig den größten Rückgang der Geburtenquote beobachten, ohne daß in der Diskussion darauf Bezug genommen wurde.

Etwa gleichbleibende Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern bis zu 6 Jahren und Rückgang der Geburten sind aber nicht die einzige Ursache für die Nachfragesenkung. Gleichzeitig ging auch der Prozentsatz der Vollbeschäftigung zwischen 1964 von 56 % aller berufstätigen Mütter auf 45 % in 1977 zurück. Eine Auswertung der Erziehungsgeldstudie von THIERAUF (1975) durch BERTRAM/BAYER (1980) zeigt zudem, daß bei Kindern unter 3 Jahren nur 15,5 % aller Mütter voll berufstätig sind, aber immerhin 25 % weniger als 20 Wochenstunden arbeiten. Darüber hinaus zeigt sich, daß etwa 55 % dieser Kinder, ähnlich wie dies schon LEHR (1974) und PROSS (1976) gezeigt haben, in der Familie betreut werden. Im Gegensatz zu diesen rückläufigen Tendenzen im Vorschulalter ist die Zahl der Schulkinder mit erwerbstätigen Müttern von 1961 um 1,2 Mio bis 1977 angestiegen. 1961 waren es nur 1,7 Mio Kinder, während es 1977 schon 2,9 Mio Kinder waren.

Wie wenig diese ganze Diskussion kritisch realistisch orientiert war, sieht man auch daran, daß sozialpolitische Alternativkonzeptionen ohne hinreichende Prüfung verworfen wurden. So wurde z. B. behauptet (LANGER-EL SAYED 1980), ein Erziehungsgeld für Mütter mit Kindern bis zu 3 Jahren sei nicht finanzierbar. Wie KRÜSELBERG (1979, S. 149) auf der Basis des Sozialberichtes nachweist, beliefen sich alle staatlichen Leistungen (incl. steuerlicher Vorteile) für die Familie im Jahr 1977 auf 55,3 Milliarden DM. Die Leistungen für Kinder und Mutterschaft betrugen rund 28 Milliarden DM, für Ehegatten (insbesondere Splittingvorteil) betrug die Förderung rund 27,3 Milliarden DM. 1982 wird die Leistung für die Familie auf rund 78,2 Milliarden DM geschätzt (ohne Kindergeldkürzung). Die Leistungen für Kinder und Mutterschaft werden auf rund 32,2 Milliarden DM steigen, während die Leistungen für die Ehegatten bis rund 46 Milliarden DM zunehmen. Würde man nur versuchen, den Zustand von 1977 zu erreichen, in dem die Familienförderung zu gleichen Teilen Förderung für Kinder und für Ehefrauen war, so müßte die Übervorteilung der Ehefrau von rund 14 Milliarden DM um 7 Milliarden DM abgebaut werden. Eine Umstellung des Ehegattensplitting in ein Familiensplitting scheint kostenneutral möglich zu sein. Die Konsequenzen solcher politischen Maßnahmen, wie etwa die durch das Familiensplitting mögliche angemessene Förderung allein erziehender Eltern sowie die gezielte Unterstützung unterer Einkommensschichten, wurden eigentlich niemals ernsthaft diskutiert.

Der Verzicht auf die Analyse gesellschaftlicher Entwicklung und die mangelnde Diskussion sozialpolitischer Alternativen hat dazu geführt, daß ökonomische und intellektuelle Kapazitäten in einem Bereich konzentriert werden, in dem ein Nachlassen des Problemdruckes nachzuweisen ist, und andere ebenso wichtige Bereiche, wie etwa die Betreuung von Schulkindern, vernachlässigt werden.

3. Die Linearität der Zukunftsperspektiven

Die Unvereinbarkeit familiärer Kindererziehung und mütterliche Erwerbstätigkeit und damit die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus außerfamiliärer Betreuungseinrichtungen wird häufig mit der Logik des industriellen Produktionsprozesses begründet, der auf Grund der Kapitalintensität der Produktionsmittel und der organisatorischen Struktur des Produktionsprozesses dazu zwingt, die Betriebsstätten zu konzentrieren und demgemäß die Arbeitsplätze aus dem Lebensbereich der Familie herauszuverlagern (DRITTER FAMILIENBERICHT 1979, S. 18). Ohne hier im einzelnen auf die Entwicklung zukünftiger

Arbeitsorganisation einzugehen, möchte ich auf einige Tendenzen hinweisen, die diese lineare Extrapolation der Gegenwart in die Zukunft in Frage stellen, und zeigen, daß auch denkbar ist, daß ein Teil der gesellschaftlichen Produktion wieder in den Haushalt verlagert wird.

Die Konzentration der industriellen Produktionsmittel in zentralen Betriebsstätten läßt sich unter einer technischen Perspektive und unter Kostengesichtspunkten betrachten. Beispielsweise kann man ohne Zweifel Autos (als zentrales Gut der Industriegesellschaft) im Rahmen einer handwerklich häuslichen Produktion herstellen. Die Kosten dafür sind aber so immens, daß es einfach rationaler und effizienter ist, die Produktionsstätten für Autos zu zentralisieren und demgemäß auch die Arbeitskräfte zu diesen Produktionsstätten zu transportieren. Für neu entstandene Industrien ist der Zusammenhang zwischen Zentralisierung der Produktion und der Zusammenfassung von Arbeitskräften nicht mehr zwingend gegeben. Nach Schätzung der Computerfirma Hewlett & Packard könnten etwa 30 % ihrer Arbeitskräfte zu Hause arbeiten und mit Hilfe von EDV bzw. Datenfernübertragung den Produktionsprozeß überwachen (MILLES 1976). Nachdem wir 150 Jahre während der Industrialisierung erlebt haben, daß die Arbeitsplätze aus dem Haus herausgelagert wurden, mögen solche Gedankengänge gegenwärtig utopisch bzw. spekulativ erscheinen. Diese sich abzeichnende partielle Zurückverlagerung von Arbeitsplätzen in die Familie ist aber immerhin schon so weit Realität, daß in dem Kabelpilotprojekt in Baden-Württemberg in einem Teilerperiment die durch diese neuen Technologien gegebenen Möglichkeiten von Heimarbeitsplätzen für Teilzeitbeschäftigte analysiert werden sollen (CDU-LANDESVERBAND 1981, S. 28).

Für manche Experten ist es weniger eine Frage der technischen Möglichkeiten als der Kosten, bis ein Teil der Büroarbeit aber auch der Produktionsüberwachung zu den Wohnstätten der Erwerbstätigen zurückverlagert wird. Solange es billiger ist, die Arbeitskräfte ins Büro zu transportieren, wird die außerhäusliche Erwerbstätigkeit bestehen bleiben oder sogar zunehmen. Es könnte aber sein, daß es eines Tages billiger ist, die Arbeit zu den Berufstätigen mit elektronischen Mitteln nach Hause zu transportieren.

JONATHAN GERSHUNY begründet in seiner gerade vorgelegten Studie „Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft“, daß auf Grund der überproportionalen Preissteigerung der persönlichen Dienstleistungen die Haushaltungen in immer größerem Umfang dazu übergehen werden, längerlebige Wirtschaftsgüter anzuschaffen, um dann mit Hilfe dieser Investitionen die Dienstleistungen, die nicht mehr bezahlbar sind, selbst zu produzieren (man bringt die Wäsche nicht mehr in die Wäscherei, sondern kauft sich eine Waschmaschine). Und diese Entwicklung betrifft nicht nur Dienstleistungen, sondern auch Leistungen, die traditionellerweise durch Handwerker erbracht wurden.

Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die zunehmende Tendenz, Eigenheime in großem Umfange mit Eigenleistung zu erbauen. Der Anteil wird heute schon auf mehr als 30 % geschätzt (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 1981). Das DEUTSCHE INSTITUT FÜR WIRTSCHAFT (1980) vermutet, ähnlich wie GERSHUNY, daß künftig ein großer Prozentsatz der Bevölkerung weder in der industriellen Produktion noch im tertiären Sektor beschäftigt sein, sondern überwiegend reproduktiv im Bereich des eigenen Haushaltes tätig sein wird. Welche Konsequenzen sich aus dieser Entwicklung – Verlagerung eines Teils der produktiven Arbeit in das Haus und Anwachsen des Reproduktionssektors gegenüber den

anderen Sektoren – ableiten lassen, kann heute noch nicht vorhergesehen werden. So ist zumindest denkbar, daß eines Tages dezentrale Heim- oder Nachbarschaftsinformationszentren sowie die Eltern in Nachbarschaftshilfe die bürokratischen Fachleute „Lehrer“ in zentralistischen Schulen ersetzen, und es ist denkbar, daß auf diese Weise ein dezentrales und individuelles Lernen möglich wird.

Auch wenn man gegenwärtig über diese Entwicklung nur spekulieren kann, zeigen diese Überlegungen doch, daß ein Ausblenden von alternativen Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Arbeitsteilung zwischen Haushalt und Arbeit und eine lineare Extrapolation der Gegenwart in die Zukunft im Bereich außerfamiliärer Betreuung von Kindern im Grunde den Versuch darstellen, die Gegenwart durch sozialpolitische bzw. pädagogische Maßnahmen in die Zukunft fortzuschreiben und durch die Einrichtung von Betreuungsformen Sachzwänge zu institutionalisieren, die sich nicht notwendigerweise aus gesellschaftlichen Entwicklungen ableiten lassen. Eine kritisch-realistische Perspektive ermöglicht zumindest die unvoreingenommene Diskussion unterschiedlicher Entwicklungsoptionen.

4. Zur mangelnden Analyse von Werten: Die Diskriminierung der Frau

Die Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages bezeichnet die gegenwärtige Lage der Frau als diskriminierend. Aus dem Funktionsverlust der Familie, der sich in der Isolation der Kernfamilie, der Verlagerung von Aufgaben auf andere Institutionen, der Einschränkung von sozialen Kontakten und ähnlichem dokumentiert, leitet die Kommission ein zunehmend geringeres Ansehen der Hausfrauen ab. Die Diskriminierung der erwerbstätigen Mütter wird vor allem in der Tatsache gesehen, daß sie durch Hausarbeit und Erwerbsarbeit einer doppelten Belastung ausgesetzt sind, die eine kontinuierliche Berufskarriere verhindert.

Auch wenn man nicht prüft, ob die These der Diskriminierung der Frau für die Bundesregierung zutrifft, läßt sich natürlich prüfen, ob die angegebenen Ursachen, wie etwa der Funktionsverlust und die Doppelbelastung der Frau, empirisch zutreffen.

Funktionsverlust der Familie und Diskriminierung der Frau

Prüft man die Verantwortlichkeiten der Familie für einige Zentralfunktionen wie etwa die Sozialisation und Regeneration, fällt es schwer, der These vom Funktionsverlust zu folgen. Zu keiner Zeit in den letzten 150 Jahren waren so viele Eltern aller sozialen Schichten in finanzieller und erzieherischer Hinsicht so lange für ihre Kinder verantwortlich wie heute. Wenn gegenwärtig rund 20 % eines Altersjahrganges das Abitur machen, bedeutet das, daß diese Kinder und Jugendlichen bis zur Volljährigkeit in der ökonomischen und erzieherischen Verantwortung ihrer Eltern aufwachsen. So gut wie alle Familienhistoriker weisen daraufhin, daß früher variierend nach Region und Schicht schon Säuglinge und Kleinstkinder zu einem verhältnismäßig großen Prozentsatz in Tagespflege gegeben wurden. Nach Untersuchungen von GELIS/LAGET/MOREL (1980, S. 104) kamen um 1800 etwa $\frac{3}{4}$ der Neugeborenen zu einer Amme außerhalb des Hauses. Das läßt sich für verschiedene Großstädte Frankreichs belegen. Nach Schätzungen von IMHOF (1981, S. 64) starben rund 80 % der weggegebenen Säuglinge. Zwar war das Ammenwesen in Deutsch-

land nicht so weit verbreitet wie in Frankreich und variierte zudem regional, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Eltern im 18. und 19. Jahrhundert in Deutschland sich weniger intensiv um die Pflege der Kleinstkinder kümmerten als heute (FLANDRIN 1978, ARIES 1975, BADINTER 1981). Diese Aussage gilt auch für die folgenden Lebensjahre und auch für alle Schichten. Sechs- bis siebenjährige Kinder wurden nicht erst im letzten Jahrhundert, sondern schon lange früher als Diener oder Lehrlinge zu fremden Familien gegeben (ANDERSON 1971, LASLETT 1965). Kinder der gehobenen Schichten, die eine Schulausbildung erwerben wollten und deren Eltern keine Hauslehrer beschäftigen konnten, wurden, wie Napoleon, im Alter von 8–9 Jahren in Kadettenanstalten oder in Internate geschickt.

Diese Aussagen zeigen, daß die Verantwortlichkeit der Eltern für die Entwicklung der Kinder zugenommen und nicht abgenommen hat. Wer beispielsweise die Selbstverständlichkeit von Lehrern erlebt hat, mit der diese heute von den Eltern erwarten, daß sie die Lehrer bei der Bewältigung von Schulproblemen aktiv unterstützen, hat zudem erheblichen Zweifel, ob der Ausbau pädagogischer Institutionen die Eltern von ihren erzieherischen Funktionen entlastet hat. Im Vergleich zur eigenen schulischen Lebenserfahrung drängt sich zumindest die Vorstellung auf, daß die heutigen Eltern einen wesentlich größeren Anteil am Schulerfolg ihrer Kinder haben als noch die Generation der eigenen Eltern.

Die geringe Wertschätzung familiärer und haushalterischer Tätigkeiten kann m. E. nicht auf einen „objektiv nachweisbaren Funktionsverlust“ der Familie zurückgeführt werden. Die geringe Wertschätzung geht auf eine zunehmende Dominanz ökonomischen Denkens in allen Lebensbereichen und die zunehmende Professionalisierung der Erziehung zurück. Denn in der Ökonomie wurde schon 1776 durch ADAM SMITH die Geringwertigkeit der Hausfrauenarbeit ökonomisch begründet. „Die Arbeit des Hausgesindes besteht in Diensten, welche gewöhnlich im Augenblick ihrer Leistung selbst zu Ende sind und sich in keiner verkäuflichen Ware, die den Wert des Arbeitslohnes und Unterhalts wiedererstatet, fixieren oder realisieren. Die Arbeit der Handwerker, Manufakturisten und Kaufleute hingegen fixiert und realisiert sich ganz von selbst an einer solchen verkäuflichen Ware.“ Und er fährt fort: „Deshalb habe ich das Hausgesinde in die (Klasse) der unfruchtbaren oder unproduktiven Arbeiter gestellt.“ Die Problematik der Einschätzung bzw. Gering-schätzung der Hausarbeit und Hausfrauenrolle kann man sich etwa verdeutlichen, wenn man die Tätigkeit einer Mutter, die für ihr Baby Nahrung herstellt, mit der Tätigkeit einer berufstätigen Frau vergleicht, die in einer Firma für Babykost die Zusammensetzung des Möhrenbreis überwacht. In dem einen Fall ist die Nahrung nicht verkäuflich, im anderen Fall ist sie es. Aber unabhängig von der Verkäuflichkeit der Nahrung ist die Arbeit der Mutter genauso produktiv wie die Arbeit der Frau, die die Nahrungsproduktion überwacht.

Die Integration der Frau in die Berufswelt und die Erziehung der Kinder in außerfamiliären Tagesstätten durch professionelle Erzieher bedeutet unter einer werttheoretischen Perspektive, daß man auch im Bereich von Erziehung und Bildung den Primat der Ökonomie akzeptiert. Die Aufwertung familiärer und haushalterischer Tätigkeiten wird im Sinne ADAM SMITH'S dadurch erreicht, daß die Erziehung von Kindern durch professionelle Erzieher eine verkäufliche, am Markt handelbare Ware wird. Inwieweit die Umwertung von Erziehung und Sozialisation als einer verkäuflichen Ware im Sinne ADAM

SMITH'S eine sinnvolle Bewertung ist, wird nicht einmal von den Autoren untersucht, die ADAM SMITH in der Regel eher wenig Sympathie entgegenbringen. Die heutige Gering-schätzung der Hausfrauen- und Müttertätigkeit bzw. der Erziehungstätigkeit könnte sich aber dann ändern, wenn Autoren wie GERSHUNY und andere recht behalten sollten, daß ein Teil der im Sinne ADAM SMITH'S heute als produktiv bezeichneten Tätigkeiten in den Haushalt zurückverlagert werden. Denn eine stärkere Integration von beruflichen und familiären Tätigkeiten im Haushalt läßt eine differentielle Bewertung der verschiedenen Rollen kaum zu.

Die Doppelbelastung der Frau

Die Bereitwilligkeit, die Erziehung von kleinen Kindern als verkäufliche Ware im Sinne von ADAM SMITH zu interpretieren, wird auch damit begründet, daß nur so die Doppelbelastung von Frauen als Mütter und Berufstätige geändert werden kann. Diese These der Doppelbelastung der Frau gründet sich auf eine Vielzahl empirischer Studien, die zeigen, daß trotz der weiblichen Erwerbstätigkeit die innerfamiliäre Arbeitsteilung den traditionellen Rollenmustern entspricht. So stellte HELGE PROSS fest, daß „es in der Europäischen Gemeinschaft keine Väter gibt“, und die EG, „was die Alltagspflichten gegenüber den Jüngsten betrifft, eine vaterlose Gesellschaft ist.“ (1973, S. 92).

Diese Aussage mag 1971 zum Zeitpunkt der Datenerhebung gültig gewesen sein. Aber die Vermutung, daß hier eine Änderung eingetreten ist, kann nicht ohne weiteres widerlegt werden. Denn wenn man davon ausgeht, wie sich empirisch zeigen läßt, daß die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen mit Kindern ein verhältnismäßig junger, seit etwa 10 bis 15 Jahren zu verfolgender Trend ist, so muß man auch vermuten, daß der Wandel der innerfamiliären Beziehungen zwischen Vater und Mutter zeitverzögert auftritt.

Die von THIERAUF 1975, das heißt vier Jahre später vorgelegten Daten (BERTRAM/BAYER 1981) zeigen ähnlich wie die Daten von BADINTER (1981) für Frankreich, daß sich hier ein Rollenwandel abzeichnet. Denn die befragten Mütter berichten von ihren Männern, daß sie eine wichtige Rolle in der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder spielen. Eine Aussage, die auch durch Intensivstudien (SCHÜTZE 1982) bestätigt wird. Auch wenn dieser Wandel nicht quasi „naturwüchsig“ erfolgt, muß man die Frage stellen, ob dieser Rollenwandel vor allem durch die zunehmende Eingliederung der Mütter in den Produktionsprozeß und die Bereitstellung professioneller Betreuungseinrichtungen ermöglicht wird.

Auch hier führt der Verzicht auf die Analyse der impliziten, vor allem an der Ökonomie orientierten Werte dazu, daß Alternativentwicklungen nur peripher behandelt werden. Eine naheliegende Alternative wäre beispielsweise die Veränderung der Berufsarbeit der Männer, wie etwa verkürzte Arbeitszeit, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, Haus- und Berufsrolle zu integrieren.

Auch wissen wir gegenwärtig nicht, ob die erwerbstätigen Mütter überhaupt in der gleichen Weise wie die Männer, die ja auch nicht alle nur Spitzenpositionen innehaben, in die Berufswelt integriert werden wollen. Möglicherweise ist die Wertvorstellung der vollständigen Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf, die die Enquête-Kommission vertritt, gar nicht das Leitbild aller berufstätigen Mütter mit Kindern. Meines Erachtens

lohnte es sich auch einmal zu fragen, ob diese Mütter nicht auch weiterhin über das Privileg verfügen möchten, ihre Kinder selbst zu erziehen, um daneben allenfalls partiell am Berufsleben zu partizipieren.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Problemdefinition und Problemlösung der „Integration der Frau in die Gesellschaft“ keinesfalls nur auf einer rationalen Analyse basiert, sondern in sehr hohem Maße wertbehaftet ist. Dies muß kein Nachteil sein. Problematisch ist dies aber, weil die Wertvorstellungen mit angeblich wissenschaftlichen Erkenntnissen einer Diskussion, wie sie WEBER für sozialpolitische Ziele erforderlich hielt, entzogen werden sollen. Problematisch an diesen Argumenten ist aber auch, daß es hier nur um die Mütter von Kleinkindern geht, obwohl man davon ausgehen muß, daß sich für Eltern mit Kleinkindern die Frage der gesellschaftlichen Beziehungen zumindest phasenweise auf Grund der Intensität der Belastungen kaum stellt.

Ein kaum zu lösendes Problem wird es aber bei älteren Kindern bzw. dann, wenn die Kinder das Haus verlassen haben. Dies geschieht heute bereits in der Regel zwischen dem 43. und 45. Lebensjahr der Mütter. Die Diskrepanz zwischen der Mutterrolle, die spätestens mit dem 45. Lebensjahr zu einer „Schrumpffrolle“ wird, und der Lebensbiographie einer Frau ist ein typisches Phänomen unseres Jahrhunderts. Es wird wesentlich durch drei Faktoren bedingt. Zum einen ist die Lebenserwartung erheblich gestiegen; so wurden zu Beginn dieses Jahrhunderts lediglich 18 % aller Ehefrauen älter als 50 Jahre gegenüber 88 % heute. Zum anderen liegt das Alter der Mütter bei der Geburt des letzten Kindes heute bei etwa 30 Jahren gegenüber früher rund 40 Jahren. Bei der Pubertät des letztgeborenen Kindes verblieben den Frauen früher im Schnitt noch 14 Lebensjahre gegenüber heute 32 Jahren, die in sinnvoller Weise genutzt werden wollen (LIVI-BACCI 1979). Diese „gewonnenen Jahre“ (IMHOF 1981) können aber nicht mehr durch Mutteraufgaben ausgefüllt werden. Die rund 5,2 Mio verheirateten Frauen zwischen 45 und 65 Jahren (IMHOF 1981, S. 181) können vielmehr erwarten, sinnvolle gesellschaftliche Tätigkeiten zu finden, die auch ihrer Kompetenz entsprechen. Erstaunlicherweise wird auf diese Frauengruppe allenfalls von Wissenschaftlern wie IMHOF hingewiesen, während diese Gruppe bei der Diskussion um die Integration der Frau in die Gesellschaft bzw. um die Diskriminierung der Frau kaum Beachtung findet. Es werden kaum Modelle diskutiert, wie es etwa vor rund 20 Jahren der nordrhein-westfälische Kultusminister MIKAT zur Gewinnung von Lehrern entwickelte, obwohl vermutlich nur durch solche Konzepte eine angemessene Integration dieser Gruppe von Frauen in die Gesellschaft erreicht werden kann. Erwachsenenpädagogische Maßnahmen im Bereich der Weiterbildungseinrichtungen sind gegenwärtig nicht Schwerpunkt der Diskussion, obwohl sie vermutlich wichtiger sind als die Bereitstellung von Tagespflegestellen.

5. Das Defizittheorem familialer Sozialisation

Wissenschaftler wie JACK TIZARD fordern ebenso wie die 15. Europäische Familienministerkonferenz die Erweiterung vorschulischer Betreuungseinrichtungen mit dem Verweis auf die Sozialisationsmängel der Familie. Diese Sozialisationsmängel werden mit der strukturellen Distanz zwischen Familie und Gesellschaft und der sich daraus ergebenden Schwierigkeit begründet, Kinder in angemessener Weise in andere gesellschaftliche Teilbereiche zu integrieren (SÜSSMUTH 1981 a, b). Um die Bedeutung der Integrations-

schwierigkeiten zu zeigen, wird gerne auf die Zunahme abweichenden Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen verwiesen.

Obwohl für die einzelnen Formen abweichenden Verhaltens vielfältige Problemlösungen erarbeitet worden sind, ist die Tendenz bei den meisten Problemlösungen unverkennbar, den Erziehungsprozeß von Kindern und Jugendlichen zu verwissenschaftlichen und zu bürokratisieren, obwohl diese Tendenzen keinesfalls intendiert sind, sondern eher zwangsläufige, unbeabsichtigte Konsequenzen pädagogischen Handelns darstellen. Diese Tendenzen sind schon in der These der Sozialisationsmängel der Familie (Defizittheorem) angelegt. „Ein Diskurs wie vom Himmel gesandt, denn er bezeichnet in der Familie gleichzeitig das einzig mögliche Modell von Sozialisation und die Quelle aller Unzulänglichkeit. Stets existiert in einer Familie ein Zuviel oder ein Zuwenig an affektiver Besetzung, um die Bedrückung oder Frustrationen des Individuums zu erklären“ (DONZELOT 1980, S. 239).

Dieser Dualismus der Familie als optimaler Sozialisationsinstanz und gleichzeitig als Ursache aller kindlichen Schwierigkeiten, in die Welt hineinzufinden, ist ein hervorragender Vorwand für pädagogische Interventionen. Denn da die Familie, so der Ausgangspunkt, in struktureller Distanz zur Gesellschaft steht und ihre Integrationsfunktion daher nicht vollständig wahrnehmen kann, sind einerseits pädagogische Interventionen in der Familie erforderlich, um das Sozialisationsgeschehen dort zu optimieren, und andererseits läßt sich gut begründen, warum weitere Betreuungseinrichtungen neben der Familie etabliert werden müssen.

So sinnvoll und wünschenswert es sein kann, die Eltern bei der Kindererziehung zu unterstützen, und so wichtig es auch ist, sozialpädagogische Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche unter bestimmten Umständen einzurichten, so kann als unbeabsichtigte Nebenfolge solcher Bemühungen ein weiterer Baustein für das Gehäuse jener „neuen Hörigkeit“ des Menschen entstehen, „in welches vielleicht die Menschen sich wie die Fellachen im altägyptischen Staat ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden, wenn ihnen eine rein technisch gute und das heißt: eine rationale Beamtenverwaltung und -versorgung der letzte und einzige Wert ist, der über die Leitung ihrer Angelegenheiten entscheiden soll“ (WEBER 1921, S. 151). Als Weber dies Anfang der zwanziger Jahre schrieb, dachte er vor allem an die politische Verwaltung, während heute meines Erachtens diese Entwicklungstendenzen vor allem im Bereich der Erziehung und Sozialpädagogik wesentlich wahrscheinlicher sind,

- weil nur die Professionen von Sozialberufen (Ärzte, Pädagogen, Psychologen und Soziologen) das Definitionsmonopol für diese Verhaltensauffälligkeiten haben, seien es nun Schulschwierigkeiten, Eigentumsdelikte, psychische Probleme oder Psychopathologien;
- weil diese Verhaltensauffälligkeiten als Defizite der familiären Erziehung interpretiert und nicht als Probleme derjenigen Institutionen gesehen werden, in denen sie entstehen. Schulschwierigkeiten werden in der Regel nicht als Konsequenzen schlechter Schulen interpretiert, sondern werden in der Regel als Folge elterlichen Versagens angesehen. Eigentumsdelikte von Kindern in Kaufhäusern werden in der Regel auf Erziehungsfehler der Eltern zurückgeführt und nicht auf die Art und Weise der Werbung oder der Darbietung der Waren durch die Kaufhäuser;

- weil auf der Basis von Definitionen und Ursachenzuschreibung von Verhaltensauffälligkeiten die These entwickelt wird, daß präventive Maßnahmen, wie Elternbildung, Elternberatung und Beratung der Kinder, durch pädagogisch geschulte Kräfte solche Verhaltensauffälligkeiten verhindern können;
- weil effiziente pädagogische Maßnahmen wiederum wissenschaftlich geschulte Experten voraussetzen, die über genaue Kenntnisse der Lebensverhältnisse von Familien verfügen müssen, um auf der Basis gründlicher Anamnesen der Vorgeschichte und der familiären Beziehungen therapeutisch und pädagogisch tätig werden zu können.

Und eben aus diesem wissenschaftlich legitimierten Monopol von Problemdefinition, Ursachenzuschreibung und aus dem mit Verweis auf Therapie und Prävention begründeten Anspruch auf genaue Information über die Lebensumstände der Familien leiten sich die bürokratischen Tendenzen oder das „Gehäuse neuer Hörigkeit“ ab, das im Bereich der Erziehung und der Sozialpädagogik zu beobachten ist. Denn das Fundament bürokratischer Herrschaft liegt in ihrem Wissen um die genauen Lebensumstände der Klienten. „Die bürokratische Verwaltung bedeutet: Herrschaft kraft Wissen: dies ist ihr spezifisch rationaler Grundcharakter. Über die durch Fachwissen bedingte gewaltige Machtstellung hinaus hat die Bürokratie die Tendenz, ihre Macht noch zu steigern durch das Dienstwissen“ (WEBER 1964, S. 165).

Und während heute allenthalben die Bürokratisierungstendenzen in pädagogischen und therapeutischen Einrichtungen diskutiert werden und darüber nachgedacht wird, wie diese Tendenzen durch eine Optimierung der Einrichtungen vermieden werden können (TIZARD, SÜSSMUTH, KOSSOLAPOW), werden die Fundamente dieser sich abzeichnenden bürokratischen Herrschaft, nämlich das Fachwissen und das Amtswissen der Experten gegenüber den Klienten, kaum thematisiert. Dies ist auch verständlich, müßten doch die Experten, die diese Diskussion führen, ihre eigene Herrschaft vom Monopol der Definition bis hin zum Glauben an die Überlegenheit wissenschaftlich begründeten Expertentums gegenüber ihren eigenen Klienten in Frage stellen.

6. Perspektiven einer kritisch realistischen Analyse familienpolitischer Maßnahmen

Der liberal-ökonomische Interventionismus in der Familienpolitik scheint für eine rationale Praxis wenig geeignet zu sein, weil hier zum einen von einer historischen Familienentwicklung (von der Groß- zur Kleinfamilie) ausgegangen wird, wie sie sich in dieser Form vermutlich niemals vollzogen hat, und weil hier davon ausgegangen wird, daß die gesellschaftlichen Institutionen neben der Familie die Familie verhältnismäßig wenig beeinflussen, eine empirisch nur schwer zu begründende Annahme.

Der bürokratisch-pädagogische Interventionismus stellt den Versuch dar, strukturelle Defizite der familialen Funktionserfüllung, wie Integration von Frauen und Kindern in die Gesellschaft, auf der Basis wissenschaftlich begründeter Maßnahmen zu kompensieren. Auch dieser Ansatz ist für eine rationale Praxis kaum geeignet, da einige seiner zentralen Prämissen, die ohne kritische Prüfung als gültig unterstellt werden, fehlerhaft sind.

Der Verzicht auf eine kritische Prüfung der Nachfrageentwicklung hat dazu geführt, daß vor allem die Betreuung von Kleinkindern in außerfamiliären Betreuungseinrichtungen diskutiert und durch pädagogische Maßnahmen verbessert wurde, obwohl im gleichen Zeitraum die Nachfrage nach solchen Einrichtungen quantitativ gesunken ist, während die Nachfragesteigerung im Schulalter übersehen wurde.

Der Verzicht auf gesellschaftliche Entwicklungsanalysen und das Ausarbeiten von Entwicklungsalternativen hat dazu geführt, daß die gegenwärtigen Zustände in die Zukunft extrapoliert werden, ohne daß beispielsweise geprüft wird, ob die heute übliche Form der Trennung von Arbeit und Familie die einzig denkbare Form der Beziehung von produktivem und reproduktivem Sektor darstellt.

Der Verzicht auf die Analyse impliziter Wertvorstellungen im Bereich familiärer Rollenteilung hat dazu geführt, daß eine bestimmte, sehr ökonomisch formulierte Bewertung von Hausfrauen-, Mutter- und Berufsrolle als Leitbild familienpolitischer Maßnahmen herangezogen wurde und unterschiedliche Werte- und Zielvorstellungen im WEBER'schen Sinne nicht einmal thematisiert wurden.

Am gravierendsten aber erscheint der Verzicht auf die Diskussion des Verhältnisses Familie – Gesellschaft und Staat, oder genauer formuliert, des Verhältnisses bürokratisch organisierter Erziehung durch Sozialexperten und familialer Erziehung durch elterliche Laien.

Ein Verzicht auf eine solche Diskussion im Bereich außerfamiliärer Tagespflege von Kindern und ein weiterer, lediglich psychologisch-pädagogisch begründeter Ausbau von Betreuungs- und Therapie-Einrichtungen impliziert die Gefahr einer sozialbürokratischen Expertenherrschaft, die in der sich abzeichnenden Form wahrscheinlich nicht einmal von denen gewollt ist, die am meisten davon profitieren, nämlich den therapeutischen und pädagogischen Experten sowie den Administratoren dieser Sozialbürokratie.

Aus der bisher formulierten Kritik lassen sich einige grundlegende Perspektiven des kritischen Realismus skizzieren. Die Annahme der prinzipiellen Fehlbarkeit der Vernunft, auch der eigenen Vernunft und nicht nur der der Kontrahenten, führt notwendigerweise zu einem kritizistischen Konzept sozialpolitischer Maßnahmen, da jeder Lösungsvorschlag, jede rationale Konzeption und jedes empirische Ergebnis fehlerhaft sein können. Unter einer kritisch realistischen Perspektive sind alle Problemlösungen, die unter Berufung auf empirische Forschungen, seien es psychologisch-pädagogische, medizinische oder soziologische Forschungen, als die einzig richtigen dargestellt werden, dogmatische Lösungen. Es gibt leider im Bereich familienpolitischer Maßnahmen eine Fülle solcher Dogmatismen. Statt dieser Dogmatisierungen einzelner Problemlösungen wird es notwendig sein, daß Wissenschaftler bei allen Projekten in diesem Bereich gleichzeitig „realistische und in ihren Wirkungszusammenhängen prinzipiell durchschaubare Alternativen präsentieren“ (ALBERT 1978, S. 151). Nur auf der Basis des Vergleichs solcher Alternativen lassen sich die Vor- und Nachteile der einzelnen Lösungen prüfen. Die Entwicklung konkurrierender Alternativen setzt aber zweierlei voraus: Die gesellschaftliche Entwicklung kann nicht in der einen oder anderen Richtung als sicher unterstellt werden, sondern sie kann nur in der Form von Entwicklungsoptionen dargestellt werden, denen bestimmte Problemlösungsalternativen zugeordnet werden müssen.

Die Wahrscheinlichkeit für diese Entwicklungen läßt sich aber nur auf der Basis regulativer Ideen (Wertvorstellungen) begründen. Diese müssen klar formuliert werden und dürfen nicht quasi „wertneutral“ vorgelegt werden. Die Umsetzung einzelner Alternativen in die pädagogische Praxis wie auch Versuche, gesellschaftliche Entwicklungen in bestimmter Weise zu beeinflussen (etwa durch die Gesetzgebung), müssen prinzipiell revidierbar sein.

Ein Revisionismus in der pädagogischen Praxis läßt sich am ehesten erreichen, wenn man sich an den Prinzipien von Kritik und Konkurrenz orientiert. Das Prinzip der rationalen Kritik verhindert, daß bestimmte Lösungen ad hoc, ohne kritische Prüfung, anderen Lösungen vorgezogen werden, und es sorgt dafür, daß etablierte Lösungen bei erkennbaren Schwächen revidiert werden.

Das Prinzip der Konkurrenz verhindert die Dogmatisierung einzelner Problemlösungen und sorgt zudem dafür, daß die Kontextabhängigkeit spezifischer Problemlösungen berücksichtigt wird. Denn stehen mehrere miteinander konkurrierende Lösungen zur Verfügung, so wird vermutlich die Lösung akzeptiert, die sich im spezifischen Kontext am ehesten bewährt.

Diese beiden Prinzipien ermöglichen einen pädagogischen Revisionismus auf der Basis der Annahme der Fehlbarkeit der menschlichen Vernunft. Die Verwirklichung des kritischen Realismus auf der Basis von Kritik und Konkurrenz verhindert zwar nicht das Wachstum bürokratischer Einrichtungen, aber beide Prinzipien erschweren die Entwicklung bürokratischer Strukturen, da sowohl das Prinzip der Kritik wie aber auch der Konkurrenz einer solchen Entwicklung entgegenstehen.

Die Berücksichtigung dieses Ansatzes führt nun nicht notwendiger Weise zu völlig neuen Einsichten. Die Notwendigkeit einer Pluralität von Trägern verschiedener Maßnahmen im Bereich außerfamiliärer Tagespflege entspricht sicherlich dem Prinzip der Konkurrenz. Die Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen, die Rückverlagerung von Entscheidungskompetenzen zu den Eltern bzw. zu den Betroffenen, erleichtert sicherlich Kritik an bestimmten Maßnahmen. Eine stärkere Betonung des Subsidiaritätsprinzips verhindert sicherlich ein ungehindertes Wachstum einer Sozialbürokratie. Doch lassen sich diese Prinzipien auch in anderen sozialpolitischen Ansätzen begründen. Das gleiche gilt für die Forderung, sozialhistorische sowie zukünftige Entwicklungen und Entwicklungsoptionen zu analysieren und zu berücksichtigen. Entscheidend für diesen Ansatz ist aber die Möglichkeit einer Relativierung der Macht von Experten, ohne gleichzeitig in die heute so modische generelle Wissenschaftskritik zu verfallen.

Denn die Akzeptanz, daß die eigene Vernunft und damit auch die eigenen Problemlösungen wie die eigenen empirischen Forschungsergebnisse fehlerhaft sein können, macht es unmöglich, ein Definitionsmonopol für Verhaltensauffälligkeiten beziehungsweise für abweichendes Verhalten zu beanspruchen. Es ist nicht möglich in einem solchen Ansatz die Gültigkeit einer bestimmten Ursachenzuschreibung, wie etwa des Defizittheorems familialer Sozialisation, als bewiesen hinzustellen. Selbst der Anspruch auf genaue Information der Lebensumstände von Familien und Kleinkindern, um präventiv wirken zu können, muß relativiert werden, da man nicht sicher sein kann, daß die eigenen vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich den intendierten Effekt haben. Insbesondere aber kann im Rahmen einer solchen Konzeption auch der Wissenschaftler, sei es der Psychologe, Pädagoge, der Mediziner oder der Soziologe, akzeptieren, daß Problemlösungen, die er selbst für richtig hält und für wissenschaftlich erwiesen ansieht, wertbehaftet sind, so daß er bereit sein muß, seine Weltanschauungen, die möglicherweise hinter diesen Lösungen stehen, ebenso diskutieren zu lassen, wie die Weltanschauungen anderer beteiligter Parteien diskutiert werden. Der Wissenschaftler kann nicht mehr, wie es allzu häufig gerade in dem hier diskutierten Bereich geschieht, qua Wissenschaft ex cathedra sprechen.

Literatur

- ALBERT, H.: Traktat über rationale Praxis. Tübingen 1978.
- ANDERSON, H. (Hrsg.): *Sociology of the Family*. Harmondsworth 1971.
- ARIES, P.: *Geschichte der Kindheit*. Hamburg 1975.
- BADINTER, E.: *Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute*. München 1981.
- BERTRAM, H. und H. BAYER: *Zur sozialen Lage erwerbstätiger Mütter. Arbeitsbericht 2*. Heidelberg 1980.
- BOEHNISCH, L., W. SCHEFOLD: *Sozialisation durch sozialpädagogische Institutionen*. In: HURRELMANN, K. und D. Ulich (Hrsg.): *Handbuch der Sozialisationsforschung*. Weinheim 1980, S. 551–573.
- BOTTANI, N.: *Sozialpolitik für das Kind als Anliegen internationaler Organisationen: Das Beispiel von OECD/CERI*. In: LÜSCHER, K. (Hrsg.): *Sozialpolitik für das Kind*. Stuttgart 1979.
- BRIEL, R.: *Bestandsaufnahme und Planung ganztägiger Angebote im Elementarbereich*. Vortrag bei dem Expertengespräch „Außerfamiliäre Ganztagsbetreuung von Kindern“ beim Zentralverband katholischer Kindergärten und Kinderhorte Deutschlands e. V. in Freiburg. 1981.
- CDU-LANDESVERBAND, Pressestelle: *Neue Kommunikationstechniken – Neue Medien, Informationen und Positionen. Vorgelegt dem Landesparteiausschuß am 11. April 1981 in Waldenburg*.
- FAMILIENBERICHT, 2.: *Familie und Sozialisation*, hrsg. von Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Bonn 1975.
- FAMILIENBERICHT, 3.: *Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung*. Bonn 1979.
- FLANDRIN, J.-L.: *Familien. Soziologie, Ökonomie, Sexualität*. Frankfurt 1978.
- Frau und Gesellschaft. *Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages*. Bonn 1977.
- GELIS, J., H. LAGET und H.-F. MOREL: *Der Weg ins Leben. Geburt und Kindheit in früherer Zeit*. München 1980.
- GERSHUNY, J.: *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*. Frankfurt 1981.
- HELLBRÜGGE, TH.: *Zur Problematik der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Anstalten*. In: Opitz u. a. (Hrsg.): *Handbuch der Kinderheilkunde*. Berlin 1966.
- IMHOF, A. E.: *Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit drei Jahrhunderten oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben*. München 1981.
- JORDAN, B.: *Freedom and the Welfare State*. London 1976.
- KAUFMANN, F.-X./A. HERLTH/K. P. STROHMEIER unter Mitarbeit von H.-J. SCHULZE: *Sozialpolitik und familiäre Sozialisation. Zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen*. Bd. 76 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart 1980.
- KENSISTON, K.: *All Our Children. The American Family under Pressure*. New York 1977.
- KOSSOLAPOW, L.: *Versuch einer historisch-sozialen Standortbestimmung der Vorschulerziehung. In: Das politische Interesse an der Gesellschaft. Beiheft der Z. f. Päd.* Weinheim 1981, S. 185–188.
- LANGER-EL SAYED, I.: *Familienpolitik: Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten*. Frankfurt 1980.
- LASLETT, P.: *The World We Have Lost*. London 1971, 2nd ed.
- LEHR, U.: *Die Rolle der Mutter in der Sozialisation des Kindes*. Darmstadt 1974.
- MANTOVANI, S.: *Synthesis Report on Day Care*. Centre for Educational Research and Innovation. CERI. OECD. Paris 1978.
- MILLES, J. M., et al.: *The Telecommunication-Transportation Tradeoff: Options for Tomorrow*. New York 1976.
- MORONEY, R. M.: *The Family and the State. Considerations for Social Policy*. London 1976.
- PROSS, H.: *Gleichberechtigung im Beruf? Eine Untersuchung mit 7000 Arbeitnehmerinnen in der EWG*. Frankfurt 1973.
- SCHULZ, W., T. RUELCKER und A. RHEINLÄNDER (Hrsg.): *Tagesmütter. Was brauchen unsere Kinder in den ersten Lebensjahren? – Probleme der familienergänzenden Sozialisation in der frühen Kindheit*. Weinheim 1975.
- SCHWARZ, K.: *Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen. Ergebnisse des Mikrozensus*. In: *Wirtschaft und Statistik*. 8 (1978), S. 475–480.
- Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Wiesbaden 1979.

- SMITH, A.: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes. Erster Teil (1976). Giessen 1973.
- SÜSSMUTH, R.: Neue Akzente im Dritten Familienbericht. Die Sozialisationsleistung der Familie und die Rolle der Frau. In: MATTHES, J. (Hrsg.): Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt 1981, S. 405–407. (a).
- SÜSSMUTH, R.: Außerfamiliäre Ganztagsbetreuung im Urteil von Eltern und Erziehern. Vortrag bei dem Expertengespräch „Außerfamiliäre Ganztagsbetreuung von Kindern“ beim Zentralverband katholischer Kindergärten und Kinderhorte Deutschlands e. V. in Freiburg. 1981. (b).
- THIERAUF, L. W.: Erwerbstätige Mütter mit Kindern bis zu 3 Jahren. Erziehungsgeld, Berufstätigkeit, Kinderbetreuung, Elternbildung. Tabellenband 1. München 1975.
- TIZARD, J.: Tagespflege und vorschulische Erziehung. In: LÜSCHER, K. (Hrsg.): Sozialpolitik für das Kind. Stuttgart 1979. S. 69–95.
- WEBER, M.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen ³1968. Ursprgl. 1904.

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. H. Bertram, Hochschule der Bundeswehr München. Institut für Soziologie und Gesellschaftspolitik, Werner-Heisenberg-Weg 39, 8014 Neubiberg.